

**Rede von Präsident Dr. Marco Trips
zur Mitgliederversammlung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes
am 29. August 2024 in Oldenburg**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Kommunen können nicht Ausfallbürgen im ländlichen Raum sein!

Zu sagen, dass die staatliche Leistungsfähigkeit Niedersachsens an einem seidenen Faden hänge, wäre sicherlich übertrieben. Aber nehmen wir an, sie hänge an einem Seil. Oben ist es festgemacht am Gebälk unseres Staatsgebäudes, am unteren Ende sind die Wünsche und Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger befestigt. Es gibt ein zweites Seil, das die die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger mitträgt, nämlich ihre Eigenverantwortung. Im besten Falle tragen die beiden Seile alle diese Leistungen und Wohlstandserwartungen und halten sie auf einem guten Niveau.

Nun aber wirkt die große Politik in Bund und Land.

Das Verschwinden der Eigenverantwortlichkeit

Dort wird viel versprochen. Es gibt Beitragsfreiheit im Kindergarten. Es gibt Rechtsanspruch auf Ganzttag im Grundschulalter. Es gibt Wohngelderhöhungen. Es gibt Bürgergeldausweitungen. Es gibt einen Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen. Es gibt das günstige Deutschlandticket. Es soll geben Gesundheitskioske. Es soll geben Kindergrundsicherung. Stellplatzverpflichtungen werden abgeschafft. Ein Bürgerrat empfiehlt kostenloses Mittagessen. Und so weiter und so weiter. Die Bundespolitik ist vermeintlich nur dann gut, wenn sie neue Ansprüche und Leistungen erfindet und dem Bürger möglichst viel abnimmt.

Dadurch verschwindet das Seil der Eigenverantwortung mehr und mehr, der Block der Wünsche und Erwartungen hingegen wird gleichzeitig schwerer und schwerer.

Die große Politik in Bund und Land suggeriert damit, dass das staatliche Seil eine unbegrenzte Tragkraft hat.

Das Gegenteil ist der Fall.

1. *Kommunalfeindliches Verhalten des Bundes*

Schauen wir uns das staatliche Seil genauer an. Es ist geflochten aus drei Stricken, die Stricke des Seils sind die staatlichen Ebenen Bund, Land und Kommune.

Der Strick des Bundes im gemeinsamen Seil ist *aus kommunaler Sicht* gerissen.

Nach der bewussten Umgehung des Konnexitätsprinzips beim Ganztagsausbau, nachzulesen in Bundesratsprotokollen, und dem Hinterherlaufenlassen der Länder und Kommunen nach Unterbringungskosten im Bereich der Zuwanderung von MPK zu MPK sowie der ‚Superperformance‘ und hyperaktiven Gesetzgebung in der Energiewende ist nun der nächste Super-GAU eingetreten:

Krankenhausfinanzierung

Minister Lauterbach wälzt die gigantisch gestiegenen Krankenhauskosten auf die Kommunen ab. Über 600 Millionen Euro tragen Niedersachsens Kommunen seit 2023 aufgabenfremd im Durchschnitt pro Jahr zur Stützung der Krankenhäuser bei, weil Minister Lauterbach sich weigert, diese Kosten im Gesundheitssystem zu finanzieren. Die Notwendigkeit einer Krankenhausreform steht außer Frage, aber so treibt der Minister und die ihn tragende Bundesregierung entgegen anderslautenden Versprechungen die Kommunen in den Ruin. Die gesamte Kreisebene ist für 2025 im Defizit. Noch finden sich die Kosten nur in den Kreishaushalten wieder, die aber als einzige Refinanzierung die Kreisumlage haben. Diese Art von Politik, die Kommunen als Ausfallbürgen für verweigerter eigene Entscheidungen zu verhaften, ist eine unredliche, ist eine kommunalfeindliche Politik.

Zuwanderung

Auch in der Zuwanderung verharren wir auf hohem Niveau. Dieses Thema wird von der Bundesregierung in seiner Bedeutung völlig falsch eingeschätzt. Nur der Bund kann hier einwirken und steuern. Die Kommunen und Länder werden bei der Unterbringung und Integration alleingelassen.

In Bewerbungsgesprächen fragen wir Bewerberinnen nach den drei wichtigsten Themen für die Kommunen. Zuwanderung und Integration sind immer dabei. Bei der Bundesregierung sieht das offensichtlich anders aus, anders kann ich mir die Lethargie im Umgang nicht erklären.

Immerhin werden nach einigem Hin- und Her jetzt die Grenzkontrollen fortgeführt, was zum Ergebnis hat, dass nur 80% der Zahlen des Vorjahres erreicht werden. Der Rest der

Ankündigungen, beispielsweise zu Abschiebungen, ist reiner Theaterdonner, es passiert nichts. Die Integrationskurse werden um 500 Millionen gekürzt, anstatt eine Integrationsoffensive zu starten. Nach offiziellen Zahlen arbeiten in Niedersachsen 25% der Ukrainer, in anderen Staaten wie Dänemark sind es bis zu 75%. Wir zahlen stattdessen Bürgergeld. Der Job-Turbo zündet nicht und ist wie der ‚Doppelwumms‘ eine bundestypische Wortblase, um die Medien zu täuschen. Wir verpassen die Integration von Menschen, die wir brauchen, in den Arbeitsmarkt. Ich glaube nicht, dass man Zuwanderung in einer derartigen Schlafwandelpolitik noch lange weiterbetreiben kann und führe die Umfrageergebnisse zu Landtagswahlen und zur nächsten Bundestagswahl zu einem wesentlichen Teil auf diesen Faktor zurück.

Wir bräuchten im Gegenteil die Integrationsoffensive!

ÖPNV

Der ÖPNV im ländlichen Raum ist weniger gut ausgebaut, oft fährt nur der Schulbus hin und zurück. Das Deutschlandticket ist daher nur begrenzt nutzbar. Noch nicht einmal seine Ausfinanzierung ist gesichert – die Preiskonstruktion zerschießt aber die bisherigen höheren Tarife der Nahverkehrsunternehmen. Diese Einnahmeausfälle treffen auf aktuell hohe Kosten durch vorgeschriebenen Flottenumbau, immense Energie- und Personalkostensteigerungen. Zusammen mit dem Arbeitskräftemangel führt dies derzeit eher zum Abbau und zu Einschränkungen von Verbindungen als zu einer neuen Mobilität. Insofern sehe ich an Bund und Land gerichtet die Lösung dieser Probleme als Aufgabe, das Erarbeiten von vagen und unbezahlbaren Ideen einer Mobilität 2040 nicht.

Wärmeversorgung

Mit der vom Bund vorgegebenen kommunalen Wärmeplanung suggeriert der Bund, dass die Kommunen eine Aufgabe in der Wärmeversorgung hätten. Jedoch überfordert dies unsere Leistungsfähigkeit. Bürgerinnen und Bürger sehen indes die Planung und fragen in den Gemeinden, wie denn nun die Versorgung der Zukunft aussieht. Wenn 2045 das Gasnetz abgedreht oder vorher wegen Unauskömmlichkeit abgestoßen wird, was wird dann aus den ländlichen Räumen, in denen aufgrund der Bauweise keine regenerativen Energien genutzt werden können und die keine Nahwärmenetze erhalten? Wie wird überhaupt der gigantische Investitionsbedarf der Energiewende von dreistelligen Milliardenbeträgen pro Jahr aufgebracht? Hier ist ein erheblicher Unsicherheitsfaktor in die Welt gebracht worden – die Kommunen haben auch keine Antworten. Sie bekommen aber auch keine vom Land oder Bund.

Wirtschaft

Die Wirtschaft ist in einer Rezession oder zumindest Stagnation. Der deutsche Wachstumsmotor kommt nicht in Gang. Um 0,3% ging die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr zurück, und auch dieses Jahr sieht es trübe aus. Gerade einmal 0,5% Wachstum traut der Internationale Währungsfonds (IWF) Europas größter Wirtschaft in diesem Jahr zu – das ist der letzte Platz unter den Industrienationen. Man liest von Deindustrialisation und Firmenabwanderungen.

"Die deutsche Wirtschaft ist wie gelähmt", [urteilt das ifo-Institut](#). Anders als erwartet, befindet sich die deutsche Wirtschaft im Winterhalbjahr 2023/24 in einer Rezession. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde in diesem Jahr nur um 0,2% im Vergleich zum Vorjahr zunehmen.

Für 2025 rechnet das ifo nun mit einem Plus von 1,5%. Damit hinkt Deutschland weiter den europäischen Nachbarn hinterher. Nicht nur ist dort die Stimmung besser und die Unsicherheit niedriger; auch deuten die entsprechenden Indikatoren bereits seit Herbst 2023 auf eine allmähliche Erholung hin. (<https://www.morningstar.de/de/news/245977/wann-ist-in-deutschland-die-rezession-zu-ende.aspx>)

Bürokratie

Wir sind uns alle einig, dass die Bürokratie unser Land lähmt. Diese Erkenntnis wird von Wirtschaft und Kommunen gebetsmühlenartig vorgetragen. Sie ist nach jahrelangem Vortrag auch bei uns – Sie erinnern sich vielleicht an den Kartonturm vor zwei Jahren in Walsrode – nun zumindest beim Land angekommen. 114 Förderprogramme für die Kommunen wurden untersucht, ob sie nicht in pauschale Zuwendungen umgewandelt werden könnten. Null konnten es. Die Begründung waren zu starre Vorgaben von Bund und EU. Immerhin wird erwogen, ein Kommunalfördergesetz für zukünftige Pauschalzahlungen zu erlassen und alle Förderprogramme an einer Stelle digital zusammenzuführen. Herr Marek, hier kann ich Sie nur ermutigen, den Weg weiterzugehen! Herr Wunderling-Weilbier, mit unserer Projektmanufaktur in Leine-Weser haben wir den Kern dafür gesetzt, den es nun auszubauen gilt!

Deutschland verliert bis 2035 sieben Millionen Fachkräfte, weil die Babyboomer in Rente gehen und geburtenschwache Jahrgänge folgen. Es wird schlicht niemanden mehr geben, der diese Bürokratie erfüllen kann. Wir brauchen weniger Prüfer, Bewilliger und

Antragsbearbeiter. Wir brauchen mehr Menschen, die etwas produzieren, die etwas voranbringen und die etwas machen!

Dazu brauchen wir Vertrauen. Vertrauen in die Wirtschaft und Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung, die mit den von anderen erwirtschafteten Steuergeldern ein soziales, sicheres und freies Gemeinwesen schafft.

Wenn der Bund das nicht lernt, und stattdessen an kleinteiligen und misstrauenden Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern festhält, die bis auf die Schreibtische in den Rathäusern und die KiTa-Plätze in den Gemeinden hineinregieren, dann werden wir im Vorschrittenschungel umkommen und in Stagnation und Rezession untergehen.

Weg mit der Bürokratie, weg mit dem Misstrauen des Bundes!

2. *Das Land versteht langsam, will sich aber selbst retten*

Schauen wir auf den zweiten Strick in unserem staatlichen Seil. Der Strick des Landes wird durch den Ausfall des Bundes stark gedehnt, einige Fasern halten, doch einige sind schon gerissen.

Das Land ist näher an den Kommunen dran

Grundsätzlich schaut das Land auf die Lage der Kommunen und hilft in vielen Feldern.

Die Kosten für den Hochwassereinsatz am Jahresbeginn wurden ersetzt, die Zusammenarbeit war vorbildlich.

Endlich hat das Land die Medizinstudienplätze in Oldenburg auf 200 erhöht. Damit gelangen mehr Studierende in die Ausbildung und es wird am Ende mehr Ärztinnen und Ärzte geben. Dazu kommt die Landarztquote, kein Allheilmittel, aber ein Baustein.

Durch eine Wertschöpfungsabgabe des Landes (die der Bund verweigert hat) werden Kommunen am Gewinn von erneuerbaren Energien beteiligt. So kommt allen im Ort etwas zugute und Belastungen können leichter getragen werden.

Im Bereich der Ferienbetreuung beim Ganztage gibt es jetzt immerhin eine Bundesratsinitiative zur Anerkennung von Aktivitäten der freien Jugendhilfe (die der Bund bisher verweigert) – das wäre ein pragmatischer Ansatz vor allem auch in den ländlichen Räumen.

Zwar wird das Vergaberecht nicht insgesamt entschlackt, aber die Wertgrenzen sollen angehoben werden. Ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Amtszeit der Hauptverwaltungsbeamten wurde wieder auf 8 Jahre zurückgesetzt. Dies sorgt für Kontinuität in schwierigen Zeiten und für Attraktivität des Amtes.

Das sind alles richtige Entscheidungen, die im Sinne der Kommunen sind und über die wir uns freuen und für die wir Danke sagen!

Bei den großen finanziellen Themen ist es sich jedoch selbst näher

Es gibt jedoch ein großes ABER.

Es gibt derzeit viele Aufgabenfelder, in denen das Land durch eigene oder mitgetragene Entscheidungen des Bundes erhebliche Kostenaufwüchse im kommunalen Bereich verursacht hat.

In Bereich KiTa, wo durch Beitragsfreiheit die aus dem System genommenen Beträge nicht ausreichend kompensiert wurden, explodieren durch steigende Personalkosten die kommunalen Haushalte.

Im Bereich der Ganztagschule fehlt mehr als die Hälfte der Investitionskosten, im Betrieb finanzieren wir seit Jahren pädagogische Arbeit mit – wir sind gespannt, ob sich dies nun ändert.

Konnexität oder Kostenaufwüchse im System müssen stets erkämpft werden, so bei der Eingliederungshilfe, beim Wohngeld und beim Wegfall der Stellplatzpflicht.

Auch das Spiel von Karl Lauterbach wird letztlich mitgespielt, indem im Bundesrat entgegen dem sonst bekundeten Kampfeswillen dann doch zugestimmt wird.

Im kommunalen Finanzausgleich wird in offiziellen Reden suggeriert, dass die aktuelle Untersuchung auch zu einer höheren Gesamtsumme führen könnte, auf Arbeitsebene wird dies jedoch strikt verweigert. Niedersachsen hat im Ländervergleich den niedrigsten Finanzausgleich. Hier muss sich am Gesamtaufkommen etwas tun und nicht nur im horizontalen Vergleich Kreisebene und Gemeindeebene gegeneinander ausgespielt werden.

Eine Bereitschaft des Landes, diese Kostenaufwüchse zu finanzieren, kann ich an all diesen Stellen derzeit nicht erkennen. Die Fachministerien sind oft guten Willens, scheitern aber entweder an Vorgaben des Bundes oder am Finanzminister.

Finanzminister Gerald Heere ist in Niedersachsen wenig zu sehen, und noch weniger sieht man sein Geld. Die Möglichkeit zu Kostenerstattungen an die Kommunen wäre zumindest jetzt noch vorhanden, Finanzminister Heere überweist sich 2025 aber lieber 1,5 Milliarden

in die eigene Rücklage, als vom Land verursachte Kommunale Aufwände zu erstatten. Er tut dies, weil alle wissen, dass die nächsten Jahre wirtschaftlich wenig Spielräume für Steuereinnahmen erwarten lassen – wir sprechen eben im Bereich der Wirtschaft darüber. Außerdem gilt bei Bund und Land die Schuldenbremse, bei den Kommunen eben nicht. So lassen Bund und Land die Kommunen am langen Arm verhungern, um in den Wahljahren neue Versprechen machen zu können. Wenn ich dann gesagt bekomme, dass das Land sich auch unterstützend bei der Kommunalaufsicht für die Möglichkeit von Krediten einsetzen wird, steigt mein Blutdruck. Wir sind dann in fünf Jahren wieder da, wo wir 2010 mit dem Zukunftsvertrag gestartet sind. Hubert Meyer vom Landkreistag, du hast dafür den Begriff der kommunalen Schuldentoilette für Bund und Land genannt – nichts anderes ist es. Es ist leicht, auf anderer Leute Kosten Politik zu machen.

Also, der Strick des Landes im gemeinsamen Seil schon brüchig und arg gedehnt.

3. *Das kommunale Seil wird immer halten*

Und der kommunale Strick?

Er hält und wird halten und wird in Ewigkeit halten. Weil die Menschen vor Ort füreinander da sind. Weil die kommunale Selbstverwaltung die Basis unseres Zusammenlebens ist. Weil wir improvisieren können und flexibel sind, wenn es darauf ankommt!

Weil wir dafür arbeiten, weil wir es können, weil wir es leben!

Weil in unseren Städten, Gemeinden und Samtgemeinden viele Menschen haupt- und vor allem auch ehrenamtlich ihre Zeit opfern, das Leben vor Ort besser zu machen!

Ohne das Ehrenamt wären wir in unseren Städten, Gemeinden und Samtgemeinden aufgeschmissen, das wissen wir alle. Insofern bei steigenden Anforderungen und rauer werdendem Umgang ein riesengroßes Dankeschön an alle ehrenamtlich Tätigen, von unseren Ratsmitgliedern, Bürgermeisterinnen, Feuerwehrkameradinnen, in den Sport- und Wohlfahrtsvereinen und an vielen, vielen anderen Stellen!

Aber der kommunale Strick kann allein das Niveau nicht tragen. Der Block, der unten dranhängt, der mit den Leistungsversprechen, wird absinken. Die Ansprüche und Erwartungen werden dann nicht mehr so erfüllt werden können wie bisher oder wie versprochen. Und dabei lasse ich die Rente und die Pflege hier noch außen vor. Im Zusammenspiel von Investitionsbedarfen, der derzeitigen Wirtschaftslage und den auszurechnenden Personalabgängen ist dies zumindest nach derzeitiger Sicht absehbar.

Aber wir Städte, Gemeinden und Samtgemeinden werden nicht zusammenbrechen, denn wir sind biegsam, wenn man uns lässt.

Dann müssen eben andere geeignete Personen in KiTa und Ganztage mitunterstützen.

Dann gibt es mehr Betreuung und weniger Bildung.

Dann müssen wir weiter und länger zu Ärzten und Krankenhäusern fahren.

Vielleicht wird dann das Seil der Eigenverantwortlichkeit wieder festgemacht werden müssen.

Und hier sind wir an dem Punkt:

Der Ausfallbürgen für das Unterlassen von Entscheidungen und Finanzierungen sowie von ehrlicher Kommunikation sind wir. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Ratsmitglieder und anderen ehrenamtlichen in Vereinen, Feuerwehr und anderswo werden erklären müssen, was geht und was nicht mehr geht. Die Menschen stehen nicht vor dem Bundestag in Berlin und nicht vor dem Landtag in Hannover – sie kommen ins Rathaus.

Und sie fragen uns, warum wir die Grundsteuer erhöhen.

Unsere Antwort lautet: Fragen Sie Olaf Scholz, Karl Lauterbach, Stephan Weil und Gerald Heere!

Leider sind sie nicht so direkt erreichbar.

Wenn sie stattdessen all dies in der großen Politik vor allem im Bund ehrlich erklären würden, würde man Verständnis und Mitstreiter finden, die Lage zu verbessern. Man würde wieder glaubwürdig. Wenn man es nicht tut, und sich stattdessen jeden Tag öffentlich streitet, bekommt man die Umfragewerte der Ampel, die Sie kennen, und zum Beispiel dies hier von Forsa 2024:

In wen haben Sie großes Vertrauen?

Ärzte, Polizei, na klar: 80%

Bürgermeister und Rat und Verwaltung schon nur noch 45%.

Bundestag 32% .

Kanzler und Bundesregierung 20% (-13).

4. *Die Ländlichen Räume sind das Rückgrat unseres Landes*

Viele der von mir benannten Themen spielen eine besondere Rolle in den ländlichen Räumen. Ländliche Räume und Städte können in Niedersachsen nur gemeinsam und nicht gegeneinander existieren und gedeihen. Dennoch ist derzeit ein Ungleichgewicht zulasten der ländlichen Räume wahrzunehmen: So tragen beispielsweise die ländlichen Räume mit Anlagen- und Leitungsbau die Hauptlasten der Energiewende, können aber am 49 Euro-Ticket mangels ÖPNV-Vernetzung nur bedingt profitieren. Die Fläche leidet unter Hausärztemangel und Krankenhaussterben, wird aber bei der Verteilung von Finanzmitteln – z.B. für Schulsozialarbeit, im kommunalen Finanzausgleich - weniger unterstützt.

Das vom NSGB entwickelte Positionspapier will solche Missverhältnisse und Handlungsnotwendigkeiten im kommunalen Bereich aufzeigen. Viele Bereiche habe ich angesprochen, einige werden wir gleich im Folgenden vertiefen können.

Das aktuelle Werben von Bundesbauministerin Geywitz für ein Leben und Arbeiten auf dem Land zur Behebung der Wohnungsnot in den Großstädten unter Hinweis auf die Chancen der Digitalisierung und die Möglichkeiten des Homeoffice greift jedenfalls viel zu kurz. Erforderlich ist eine ganze Reihe von Maßnahmen, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen herzustellen.

Als Land der Vielfalt an Regionen mit unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen zeigt sich Niedersachsen heutzutage mit einer Vielzahl an ländlichen Räumen mit unterschiedlichen Lebensbedingungen, wirtschaftlichen Stärken und Schwächen. Mehr denn je ist es daher Aufgabe von Bund, Land und Kommunen, auf gleichwertige Lebensverhältnisse hinzuwirken, damit die ländlichen Lebensräume lebenswert bleiben.

Dabei hat nicht zuletzt die Corona-Pandemie vielen Menschen vor Augen geführt, welchen Wert die ländlichen Räume als Lebensmittelpunkt haben können. Nach Umfragen wollen 61% der Deutschen im Dorf, auf dem Land oder in einer Kleinstadt leben. Die meisten denken dabei an Erholung und Freizeit, für viele Menschen müssen die ländlichen Räume aber auch für den Alltag und die Arbeit lebenswert bleiben, was hohe Anforderungen an die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge stellt.

Daher gilt es, dem demografischen Wandel, dem Fachkräftemangel und einer sich verschärfenden gesellschaftlichen Spaltung gerade auf dem Land entgegenzuwirken und eine wirtschaftliche Weiterentwicklung zu fördern.

In unserem Positionspapier, das Sie über den ausliegenden QR-Code abrufen können, haben wir unsere Forderungen zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume aufgeführt.

Daran werden wir weiterarbeiten.

Alle wir gemeinsam sind der ländliche Raum!

Alle wir gemeinsam sind die kommunale Selbstverwaltung!

Alle wir gemeinsam sind die örtliche Gemeinschaft, sind die Menschen vor Ort, um die es geht!

Und wir werden unsere ganze Arbeitskraft dort hineingeben, im Verband, in den Verwaltungen und in den Räten, um das zu erreichen, was die Kommunalverfassung in §1 uns vorgibt:

Das Beste für unsere Bürgerinnen und Bürger, das Beste für unsere Einwohnerinnen und Einwohner!

Meine Damen und Herren, das sind wir - auch in schwierigen Zeiten.

Vielen Dank!